

Herzlichen Glückwunsch zum einjährigen Jubiläum der antifaschistischen Aktion vor dem Theater!

Wir von der MLPD würdigen das antifaschistische Engagement des Anmelders und der Menschen, die wöchentlich vor dem Theater stehen und Durchhaltevermögen zeigen; trotz Kälte, Hitze und offenen Drohungen durch faschistische Kräfte. Wir beteiligen uns daran entsprechend unseren Möglichkeiten. Kommunisten, insbesondere Marxisten-Leninisten, sind seit jeher konsequente Gegner des Rassismus, Antisemitismus, Faschismus, aber auch des Antikommunismus. Der Faschismus hat letztlich seine Wurzel im Kapitalismus. Das zeigen die historischen Erfahrungen. Notwendig ist eine wirkungsvolle Überzeugungsarbeit gegenüber den vielen Menschen, die aus Frust über die Politik der herkömmlichen Parteien, den Rüstungswahnsinn der CDU/CSU/SPD-Regierung und die Abwälzung der Krisen- und Kriegslasten auf ihrem Rücken, verwirrt sind und beeinflusst werden durch die raffinierte Demagogie der demokratisch verkleideten faschistischen Kräfte der AfD.

Eine Lehre aus der Geschichte - Alle zusammen gegen den Faschismus!

Über zwei Millionen Menschen haben sich inzwischen an Demonstrationen gegen die Rechtsentwicklung und die akut wachsende faschistische Gefahr beteiligt. Gera ist ein Brennpunkt einer gefährlichen Entwicklung. Dr. Harald Frank, Fraktionsvorsitzender der AfD im Stadtrat von Gera, lobt den Neonazi Christian Klar, in der von ihm herausgegebenen Zeitung „Neues Gera“ als »patriotischen Aktivist«. Das zeigt das Zusammenspiel offener Neonazis mit der sich demokratisch gebenden AfD beim Aufbau einer faschistischen Massenbasis. Mitglieder, Aktivisten und Einrichtungen verschiedener Parteien und Organisationen werden in Thüringen von offen faschistischen Kräften mit Morddrohungen, Anschlägen und körperlichen Attacken bedroht.

Für ein Verbot der AfD und aller faschistischer Organisationen auf Grundlage des Potsdamer Abkommens und des Artikels 139 des Grundgesetzes

Gefördert wird der politische Einfluss des **modernen Faschismus der AfD** durch Teile der Massenmedien, eine Rechtsentwicklung in der Politik verschiedener Parteien und eine gefährliche Verharmlosung der faschistischen AfD als „Rechtspopulisten“ oder „zum Teil rechtsextremistisch“. Am 1.Mai, dem internationalen Feiertag der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung konnten offene Faschisten provokativ durch die Innenstadt Geras marschieren. Dies mit Genehmigung der Versammlungsbehörde und von Oberbürgermeister Kurt Dannenberg von der CDU. Geschützt durch die Polizei. Jede Woche marschieren Montags solche Kräfte durch unsere Stadt. **Damit muss endlich Schluss sein!**

Das Potsdamer Abkommen der Anti-Hitler-Koalition vom 2.8.45 hielt fest:

„Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen ist zu vernichten...es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wiederauferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.“

Artikel 139 des Grundgesetzes

“Die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen des Grundgesetzes nicht berührt.“

Für eine überparteiliche, demokratische Zusammenarbeit!

Diesem Anspruch wird das „Aktionsbündnis gegen Rechts“ leider seit längerer Zeit nicht mehr gerecht. Es ist weder überparteilich, noch findet eine gleichberechtigte Zusammenarbeit statt. Demokratisch organisierte Treffen des Aktionsbündnisses, zu denen eingeladen wird, finden nicht statt. Stattdessen werden Antifaschisten, die Kritik am Kapitalismus äußern oder sogar für eine gesellschaftliche Alternative des echten Sozialismus eintreten, mit dem Bannstrahl des Antikommunismus belegt. Wir, als Mitglieder der MLPD und Freunde von uns, sind selbst schon das Ziel von faschistischen Mordanschlägen gewesen und haben den Anmelder gebeten, darüber am Mikrofon sprechen zu können. Dies lehnte dieser jedoch ab. Stattdessen rief er die Polizei um unser Mitglied Dieter Ilius einen Platzverweis erteilen zu lassen. Da dies offensichtlich rechtswidrig gewesen wäre, hat die Polizei dies nicht gemacht. Jeder kann und sollte sich über solch ein Verhalten eine Meinung bilden. Wir sind weiterhin:

Für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Antifaschistinnen und Antifaschisten!